

25

84

Union in Deutschland

Bonn, den 30. August 1984

Liebe Freunde,

die Regierung Helmut Kohl kann nach zwei Jahren eine außerordentlich positive Bilanz ziehen. Unsere Erfolge in der Wirtschafts- und Finanzpolitik, auf dem Felde des Umweltschutzes und in der Familienpolitik sind unverkennbar.

Der Streik hat den Aufschwung zwar gebremst, aber der Aufschwung geht weiter. Ich möchte daran erinnern, daß wir vor zwei Jahren bei Regierungsübernahme mit dem Wirtschaftswachstum noch im Minus steckten, jetzt können wir für dieses Jahr 2,5 Prozent Plus erwarten. Und zwar auch deshalb, weil die Arbeitnehmer nach dem Streik große Anstrengungen unternehmen, um die Streikausfälle wieder wettzumachen.

Die Inflationsrate wurde in den letzten zwei Jahren von 5,6 Prozent auf 2,9 Prozent gesenkt. Das ist die niedrigste Inflationsrate seit 15 Jahren. Das Geld des Bürgers ist wieder mehr wert.

Das Defizit im Bundeshaushalt wird von 56 Milliarden im Jahre 1982 auf unter 30 Milliarden im Jahre 1985 gesenkt. Diese große Aufgabe, den Staatshaushalt zu sanieren, hat die Regierung angepackt, und zwar ohne die Erhöhung von Steuern.

Die Bundesregierung und die ausbildende Wirtschaft haben zur Verbesserung der Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt sofort gehan-

(Fortsetzung auf Seite 2)

In dieser Ausgabe lesen Sie:

■ CDU-AKTION „DRITTE WELT“

Mit mehr als 2 Millionen Mark haben 120 CDU-Kreisverbände insgesamt 134 Entwicklungshilfeprojekte in 38 Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas unterstützt. Diese erfreuliche Bilanz ist das Ergebnis der vor zwei Jahren begonnenen CDU-Aktion „Dritte Welt“.

gelber Teil

■ DOKUMENTATION

Konzept der CDU zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung / Die Situation der Gemeinden hat sich spürbar verbessert

grüner Teil

■ ÖFFENTLICHKEITS- ARBEIT

Gesamtangebot

rosa Teil

■ NRW-WAHLKAMPF

Bernhard Worms: Wir wollen wieder stärkste kommunalpolitische Kraft werden

Seite 4

■ LEHRSTELLEN

Es wird keine Katastrophe geben

Seite 7

■ BETRIEBSRATS- WAHLEN

Denkzettel für die Einheitsgewerkschaft

Seite 12

(Fortsetzung von Seite 1)

delt. So wurden 1983 mit 697 000 Ausbildungsplätzen mehr Lehrstellen zur Verfügung gestellt als in jedem Jahr zuvor. Gegenüber 1982 waren es 7,1 Prozent mehr. Für 1984 kann davon ausgegangen werden, daß das Ergebnis von 1983 noch einmal übertroffen wird. Das zeigen vor allem die Zwischenergebnisse über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge. Ich sage hier deutlich: Wer heute nicht oder zu wenig ausgebildet, hat morgen Nachwuchsmangel. Dies gilt vor allem für Unternehmen, die bisher nicht ausgebildet haben. Sie sind in diesem Jahr besonders gefordert.

Die diese Woche vorgelegten Beschäftigungsförderungs- und Arbeitszeitgesetze ermöglichen Zeitverträge, attraktive Teilzeitarbeitsmöglichkeiten, Arbeitsplatzteilung und flexiblere Arbeitszeiten. Sie werden eine Welle von Neueinstellungen auslösen. Dazu kommt die von vielen Gewerkschaften in Tarifverträge einbezogene Vorruhestandsregelung.

Für die weitere Arbeit der Regierung gilt: Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik bleiben auf einem klaren vorhersehbaren Kurs. Denn nur gesunde Staatsfinanzen und ein stabiler Geldwert schaffen die Basis für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit.

Diesen Weg beschreiten wir auch mit den Entscheidungen für eine neue Familienpolitik, die der Familie wieder den ihr gebührenden Stellenwert gibt, und die ständigen Benachteiligungen unter der SPD-Regierung wieder beseitigt. Die Einführung eines Erzie-

hungsgeldes für Mütter und Väter für die Dauer eines Jahres ab 1. Januar 1986, die Einführung eines Kinderfreibetrages, Kindergeldzuschläge, die Wiedereinführung des Kindergeldes für arbeitslose Jugendliche bis zu 2 Jahren, die Bundesstiftung Mutter und Kind — Schutz des ungeborenen Lebens — und das Baukindergeld zeigen, daß wir eine grundsätzliche Verbesserung der sozialen Lebensbedingungen der Familie verwirklichen. Dazu gehört auch, daß wir nach der Sommerpause über die Anrechnung von Erziehungsjahren in der Rentenversicherung entscheiden.

Im Umweltschutz wurde unter der Regierungsverantwortung von Helmut Kohl der Raubbau an der natürlichen Umwelt gestoppt und eine Wende zum Besseren eingeleitet. Die Verschärfung von TA-Luft- und Großfeuerungsanlagenverordnung leisten einen Beitrag zu einer sauberen Luft. Die Einführung bleifreier

Der nächste Bundesparteitag findet in Essen statt

Das Bundespräsidium der CDU wird dem Bundesvorstand der Partei auf der nächsten Sitzung vorschlagen, daß der nächste Bundesparteitag der CDU vom 20. bis 22. März 1985 in der Grugahalle in Essen stattfinden soll. Auf dem Parteitag stehen Präsidiums- und Vorstandswahlen sowie die Wahl des Generalsekretärs an. Das CDU-Präsidium faßte einen entsprechenden Beschluß auf der ersten Tagung nach der Sommerpause am Montag, 27. August 1984, in Bonn.

„Spiegel“-Bericht: Reine Erfindung

Als „reine Erfindung und blanker Quatsch“ hat der Bundesvorsitzende der CDU, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, vor dem Präsidium der Partei am Montag dieser Woche in Bonn die Zweckmeldung des „Spiegel“ über ein angebliches Zerwürfnis zwischen ihm und CDU-Generalsekretär Dr. Heiner Geißler bezeichnet. Vor der Presse erklärte Dr. Geißler, daß er bereit sei, auf dem nächsten Bundesparteitag im März 1985 in Essen erneut für das Amt des Generalsekretärs zu kandidieren. Auf die Fragen der Journalisten sagte Geißler: „Ich stehe zur Verfügung“.

Benzins ab 1986 und die Verringerung der Schadstoffe in den Autoabgasen werden folgen. Zum Schutz des Bodens wurde der Entwurf eines umfassenden Programms vorgelegt, in dem es um den Schutz der Nahrungsmittel und des Grundwassers geht. Und seit 1982 wurden 75 Forschungsvorhaben neu vergeben, um noch mehr als bisher über die Ursachen und Wirkungen von Umweltschäden zu erfahren.

Die Sozialdemokraten profilieren sich mit Krisengerede und einer Umarungsstrategie der Grünen. Zur Lösung der anstehenden Probleme haben sie kein Konzept. Auf ihrem Parteitag hat die SPD die Entscheidung über ihr wirtschaftspolitisches Programm auf 1986 vertagt. Die Regierung Helmut Kohl wird ihre erfolgreiche Politik unbeirrt fortsetzen, um Deutschlands Zukunft als moderne und humane Industrienation zu sichern.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr

Heiner Geißler

Heiner Geißler

Union ruft auf zum Kampf um die Macht in den Rathäusern

Zum Kampf um die Macht in den Rathäusern hat die westfälische CDU aufgerufen. Dabei äußerte der Landesvorsitzende Kurt H. Biedenkopf die Ansicht, auch im Revier könne die Union die Mehrheitsverhältnisse ändern. Sechs Wochen vor den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen am 30. September hat die westfälische CDU damit die heiße Phase des Wahlkampfes eröffnet. Der Landesparteitag der CDU Westfalen-Lippe verabschiedete am Samstag, 18. August 1984, in Hamm ein kommunales Grundsatzprogramm, das Bürgern und Kommunen mehr Freiheit bringen soll. Das Programm zur „Stärkung der kleinen Lebenskreise“ hat zum Inhalt, daß der Staat in den Kommunen alle Aufgaben abgeben soll, die vom Bürger besser oder ebensogut wahrgenommen werden können.

Als Gastredner erklärte der Vorsitzende des Präsidiums der CDU in Nordrhein-Westfalen, Bernhard Worms, die Union wolle am 30. September „wieder zur stärksten Kraft in den Gemeinden“ werden. Zur Stärkung der Gemeinden forderte Worms, den Anteil der Zweckzuweisungen an die Gemeinden durch das Land zu verringern. Gleichzeitig sollten die Globalzuweisungen, die den Gemeinden zur freien Verfügung stehen, erhöht werden.

■ NRW-WAHLKAMPF

Bernhard Worms:

Wir wollen wieder stärkste kommunalpolitische Kraft werden

Nordrhein-Westfalen steht vor wichtigen Kommunalwahlen am 30. September 1984. Die CDU kämpft darum, wieder die stärkste kommunalpolitische Kraft in Nordrhein-Westfalen zu werden. Die folgenden kommunalpolitischen Thesen des Vorsitzenden der CDU Rheinland, Bernhard Worms, sollen für alle Kandidaten und Wahlkämpfer der CDU Nordrhein-Westfalen eine Hilfestellung im Wahlkampf sein.

Lassen Sie mich in einigen Thesen zusammenfassen, welche konkreten Alternativen in der Kommunalpolitik wir den Bürgern unseres Landes anbieten.

1. Eine CDU-geführte Landesregierung wird den Verfassungsauftrag des Artikels 28 GG, wonach die Gemeinden das Recht haben, „alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln“, wieder mit neuem Leben füllen. Die Leistungsfähigkeit unserer Gemeinden ist abhängig von ausreichenden Finanzmitteln. Der Landeshaushalt darf nicht zu Lasten der Gemeinden saniert werden. Wir werden den Anteil der zweckgebundenen Zuweisungen verringern und gleichzeitig die Globalzuweisungen erhöhen, die den Gemeinden zur freien Disposition zur Verfügung stehen sollen. Denn zweckgebundene Zuweisungen sind in unserem Land immer mehr zu einem Mittel der Fremdsteuerung kommunaler Politik mißbraucht worden. Eine geänderte Finanzzuweisung vergrößert den kommunalen Entscheidungsbereich und zwingt zu mehr Eigen-

verantwortlichkeit. Sie verringert den bürokratischen Aufwand sowohl beim Land als auch bei den Gemeinden.

2. Ich bejahe ausdrücklich die Forderung, über eine Reform des kommunalen Steuersystems nachzudenken. Die Eigenverantwortung der Gemeinden kann letztlich nur dadurch gestärkt werden, daß sie auch über ihre Einnahmen selbständig als bisher entscheiden können. Wir brauchen ein kommunales Steuersystem, das die Eigenverantwortung der Gemeinden und die Festlegung ihrer Einnahmen und Ausgaben stärkt, jedoch die Bürger und die heimische Wirtschaft nicht überfordert.

3. Mit der Erneuerung der Kommunalpolitik wollen wir die „lebendige Gemeinde“ geschaffen. Wir wollen, daß sich unsere Gemeinden in einem gesunden Wettbewerb eigenständig entwickeln können. Es schadet nichts, wenn diese Entwicklung unterschiedlich verläuft und unsere Städte und Gemeinden sich ein unverwechselbares Profil zulegen.

Es ist nicht einzusehen, daß fast jede Entscheidung des Rates einer Gemeinde, einer Stadt oder eines Kreistages regelmäßig ein staatliches Prüfungs- und bürokratisches Beschäftigungsprogramm nach sich zieht, in dem sich unsere örtlichen Verwaltungen durch die Produktion unzähliger Nachweise, Belege und Berechnungen gegenüber labyrinthischer Aufsichtsinstanzen verschleißen müssen. Selbst wenn durch Eingriff der Staatsbürokratie bei einem einzelnen Projekt einmal 10000 DM eingespart werden, so stehen dem doch in der Regel Verteuerungen solcher Projekte um Hunderttausende DM gegenüber, die durch überzogene Auflagen und verschleppte Genehmigungsverfahren der Aufsichtsbehörden entstehen.

Unsere Devise lautet: So wenig staatliche Planung wie nötig, soviel gemeindliche Freiheit wie möglich.

4. Ich habe die Landesregierung aufgefordert, eine ausführliche Bilanz über die Gebietsreform vorzulegen. Eine generelle Reform der Reform lehnen wir ab, aber wir müssen Nebenfolgen dieser Gebietsreform dort korrigieren, wo es uns im Sinne der Bürgernähe und Bürgerfreundlichkeit erforderlich erscheint.

Wir brauchen in Zukunft eine Synthese von effizienter kommunaler Selbstverwaltung und einer Überschaubarkeit, die dem Bürger eine Identifikation mit seiner Gemeinde und dem kommunalen Leben ermöglicht.

Wir werden den Bezirksvertretungen mehr klar definierte Befugnisse für ihren Zuständigkeitsbereich geben, dadurch die Räte entlasten und den Kontakt zwischen Bürgern und kommunalen Entscheidungen weiter verbessern. Es geht darum, zwischen dem Wohnfeld und dem Stadtteil einen neuen Lebensraum zu schaffen, in dem sich das Alltagsleben vollziehen

kann, zu dem die jeweiligen Bewohner ein Verhältnis finden, zu dem auch emotional eine Beziehung besteht. Wir müssen aufhören, die verschiedenen Lebensfunktionen einer Stadt voneinander zu trennen und zu zentralisieren. Mit dieser Politik der kleinen Einheiten können wir den Wohn- und Lebenswert unserer Städte und Gemeinden erheblich verbessern.

Eine CDU-geführte Landesregierung wird daher alle Anstrengungen der Kommunen unterstützen und fördern und auch ein eigenes Modellprogramm entwickeln, um dieses Prinzip der kleinen Einheiten, als neues Gliederungselement unserer Städte und Gemeinden, durchzusetzen.

5. Gemeindepolitik ist immer auch Gesellschaftspolitik. Zu den übergreifenden Aufgaben kommunaler Politik gehört auch die Mitverantwortung für Ausbildungsplätze. Die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen ist für mich eine kommunalpolitische Bewährungsprobe. Dabei müssen wir auch fragen, ob unsere Kommunalverwaltungen und städtischen Eigenbetriebe alles Erdenkliche getan haben, um genügend Ausbildungsplätze bereitzustellen. Wenn wir der Wirtschaft zumuten, über ihren Bedarf hinaus auszubilden, dann gilt das auch für unsere örtlichen Verwaltungen. Es wäre zum Beispiel zu überlegen, einen Ausbildungsverbund zwischen öffentlichen Verwaltungen und vergleichbaren Bereichen der Privatwirtschaft einzurichten. Dies hätte den Vorteil, daß die Auszubildenden im Wege der Rotation sowohl die kommunalen Verwaltungen als auch die Privatwirtschaft kennenlernen und sich entsprechende Kenntnisse und Fähigkeiten in allen Bereichen aneignen. Eine solche flexible Ausbildung könnte durchaus die Chance der Auszubildenden erhöhen.

6. Schutz und Förderung der Familie dürfen wir nicht allein dem Bund und dem Land überlassen. Wir müssen auch in jeder Gemeinde, jeder Stadt, in jedem Kreis

Rau rollt für die Grünen schon jetzt den roten Teppich aus

Die Grundsatzrede des nordrhein-westfälischen SPD-Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten Johannes Rau vor der NRW-SPD-Landtagsfraktion hat die Fronten geklärt: Rau gibt erstmals deutlich öffentlich zu erkennen, daß er nicht mehr an eine absolute Mehrheit der Sozialdemokraten im größten Bundesland glaubt. Er sieht die Konsequenz: Seine Ablehnung, „bestimmte Parteien aus dem Spektrum der Demokratie herauszunehmen“, ist ein verklauseliertes Bündnisangebot an die Grünen. Rau rollt ihnen schon jetzt einen roten Teppich aus.

Wenn der nordrhein-westfälische Ministerpräsident darüber hinaus das bevölkerungsreichste Bundesland zum „Gegengewicht zur Wendekoalition in Bonn“ hochstilisieren will, versündigt er sich an den Bürgern an Rhein und Ruhr. Blockadepolitik gegenüber der Bundesregierung ist das letzte, was die Arbeitnehmer in unserem Land brauchen. Rau schadet mit einer solchen Politik den Interessen des Landes.

Andererseits: Rau bleibt für diesen Kurs, der den Sozialdemokraten schon bei der Europawahl in Nordrhein-Westfalen ein Desaster bereitete, keine Alternative. Landespolitisch hat er außer Schulden und verlorengegangenen Arbeitsplätzen nichts mehr zu bieten. Der Skandal um die Kostenexplosion beim Großklinikum Aachen ist zum Synonym für den leichtfertigen Umgang der NRW-Sozialdemokraten mit Steuergeldern geworden. Dazu erklärte Bernhard Worms, stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU, Oppositionsführer im Landtag Nordrhein-Westfalen: Die erste Quittung wird Herr Rau von den Wählern unseres Landes am 30. September erhalten. Die zweite bei der Landtagswahl im kommenden Jahr.

Auf einer CDU-Veranstaltung in Hagen griffen Bundesarbeitsminister Blüm und der westfälische CDU-Vorsitzende Biedenkopf SPD und Grüne scharf an. Blüm warf Rau vor, das Land heruntergewirtschaftet zu haben: „Früher war das Revier das Herzstück unserer Industrie. Wenn die SPD noch lange am Ruder bleibt, wird es zum Schrotthaufen der Nation“, rief Blüm aus. Biedenkopf ergänzte, wenn die SPD-Politik fortgesetzt werde, hätte das zur Folge, daß das Revier zur „größten Subventionslandschaft Europas wird“.

eine familienfreundliche Kommunalpolitik betreiben. Denn in der Gemeinde können wir vieles tun, um die unmittelbare Umgebung kinder- und familienfreundlich zu gestalten.

Das fängt damit an, daß wir bei der Vergabe des Baulandes und bei der Förderung von Wohneigentum bevorzugt junge und auch kinderreiche Familien berücksichtigen. Hier denke ich auch an unsere kommunalen Baugesellschaften, auf deren Po-

litik die gemeindliche Selbstverwaltung ja einen entscheidenden Einfluß hat. Eine familienfreundliche Politik in den Gemeinden trägt nicht zuletzt dazu bei, die Wohn- und Lebensqualität in den Kommunen erheblich zu verbessern. Ich bin auch überzeugt davon, daß wir mit einer familien- und kinderfreundlichen Politik unsere Vertrauens- und Zustimmungsbasis in den Gemeinden noch erheblich ausbauen und verstärken können.

LEHRSTELLEN

Es wird keine Katastrophe geben

Allen Schwarzmalereien zum Trotz wird es auch in diesem Jahr keine Lehrstellenkatastrophe geben. Die vorliegenden Zahlen kann heute niemand zu einer Schlußbilanz hochrechnen. Es ist auch nicht richtig, daß heute 200 000 Jugendliche auf der Straße stehen; viele Jugendliche sind noch in der Arbeitsamts-Kartei, die schon eine Lehrstelle haben.

Die propagandistische Aufblähung von Zahlen hilft nicht weiter, stellte Dorothee Wilms, Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, fest. Es gibt keine nachweisbaren Erkenntnisse, daß die ursprünglichen Prognosen falsch sind. Deshalb ist es unverantwortlich, durch Panikmache die Jugend und deren Eltern zu verunsichern und daraus politisches Kapital schlagen zu wollen. Das Angebot an Ausbildungsplätzen wird dieses Jahr so groß sein wie nie.

Aber eins ist richtig: zur Zeit fehlen noch Lehrstellen, und es bedarf noch großer Anstrengungen, um alle Jugendlichen unterzubringen. Hier ist vor allem die Wirtschaft gefordert, sie steht in einer großen Verantwortung gegenüber der Jugend. Ich begrüße es daher sehr, daß die Spitzenorganisationen der Wirtschaft zu einer Schlußoffensive aufgerufen haben; ihr Angebot muß noch weiter erhöht werden.

Es wird oft gefragt, ob dies alles ausreiche oder ob der Bund im Herbst ein Sonderprogramm auflegen werde. Nun — der Bund hat bereits das Benachteiligtenprogramm. Zusätzliche Sonderprogramme wird es vom Bund nicht geben. Es wird aber auch keine Subventionierung von betrieblichen Ausbildungsplätzen geben. Da-

mit stehe ich keineswegs im Widerspruch zum Bundespräsidenten. Der Bundespräsident hat kein Sonderprogramm des Bundes gefordert, wie die SPD behauptet. Er hat wie ich darauf hingewiesen, regionenspezifisch und wo nötig unkonventionell zu handeln. Wo es notwendig ist, müssen die Länder helfend eingreifen, sei es mit finanziellen Hilfen, sei es mit berufsschulischen Angeboten, denn die Verhältnisse sind in den einzelnen Bundesländern und Regionen höchst unterschiedlich. Regionenspezifische Lösungen sind aber vom Bund nicht realisierbar.

Im Gegensatz zu SPD und Gewerkschaften, die vom Bund Hilfsprogramme in Milliardenhöhe fordern, halte ich daran fest, daß die Wirtschaft in der Verantwortung für die Ausbildung steht. Sie muß noch weitere Anstrengungen auch mit Blick auf die geburtenschwachen Jahrgänge erbringen.

Staatliche Maßnahmen können immer nur hier und da ergänzend helfen. Von Bundesseite werden heute schon 1,4 Milliarden Mark für berufliche Bildung ausgegeben. Das gut eingeführte Benachteiligtenprogramm des Bundes könnte eventuell noch erweitert werden. Bei all dem vergesse ich nicht, daß sich hinter dem aktuellen Ausbildungsplatzproblem auch ein Arbeitsplatzproblem für junge Menschen verbirgt. Viele Jugendliche, die keine Arbeit finden, suchen verständlicherweise eine weitere Bildungsmöglichkeit, obwohl sie eigentlich einen Arbeitsplatz haben möchten. Deshalb kommt es entscheidend darauf an, den Weg der Bundesregierung einer zukunftsweisenden Wirtschaft und Finanzpolitik weiterzugehen, um die Ausbildungsmarktprobleme zu lösen.

■ INFORMATION

BUND-Verlag Ordnungsgeld in Höhe von 500 000 DM angedroht

Die 7. Ferienzivilkammer des Landgerichts Bonn hat am Dienstag, dem 28. August 1984, dem gewerkschaftseigenen BUND-Verlag in einer einstweiligen Verfügung untersagt, die Äußerungen des Chefredakteurs Schmidt in der DGB-Zeitung „Welt der Arbeit“ vom 26. Juli 1984 wörtlich und/oder sinngemäß weiterzuverbreiten:

1. CDU-Generalsekretär Bundesminister Dr. Heiner Geißler MdB hätte bei der Vorläuferregierung — gemeint ist die Regierung des sogenannten Großdeutschen Reiches — im Propaganda-Ministerium Karriere machen können,
2. aufgrund seines hohen Einkommens werde der Generalsekretär wohl sicherlich straffrei ein professioneller Hetzer genannt werden dürfen.

Für den Fall der Zuwiderhandlung droht dem BUND-Verlag ein Ordnungsgeld bis zu 500 000 DM. Das Landgericht Bonn hat dem BUND-Verlag die Kosten des Rechtsstreites auferlegt.

Der Generalsekretär der CDU, Bundesminister Dr. Heiner Geißler, begrüßt diese Entscheidung aus grundsätzlichen Erwägungen. Er wird auch in Zukunft mit allen rechtlichen Mitteln gegen diejenigen vorgehen, die ihn formal oder inhaltlich in eine Verbindung mit dem nationalsozialistischen Verbrecherregime bringen. Seine Familie ist zeit ihres Lebens von den Nazis schikaniert und verfolgt worden. Schon aus diesen Gründen, abgesehen von der unglaublichen Diffamierung, können solche Beleidigungen nicht hingenommen werden.

Mietsteigerungsrate im Juli auf neuem Tiefstand

Die Mietsteigerungsrate in der Bundesrepublik hat im Juli dieses Jahres einen neuen Tiefstand erreicht. Im Juli 1984 lag die Steigerungsrate der Mieten gegenüber dem Juli 1983 insgesamt nur noch bei 3,5 Prozent. Im vergangenen Jahr hatte die Steigerungsrate im Jahresdurchschnitt noch bei 5,4 Prozent gelegen. Die Mietsteigerungsrate entwickelt sich damit nunmehr schon seit 16 Monaten (April 1983) ohne Unterbrechung rückläufig.

Die rückläufige Entwicklung ist auf allen Teilmärkten zu beobachten. In den vor 1948 gebauten Altbauwohnungen sank die Steigerungsrate von 5,3 Prozent im Januar 1984 auf 4,3 Prozent im Juli. In den

nach 1948 gebauten freifinanzierten Mietwohnungen sank die Steigerungsrate von 3,3 Prozent im Januar 1984 auf lediglich 2,9 Prozent im Juli. Im sozialen Wohnungsbau war eine Abwärtsentwicklung im entsprechenden Zeitraum von 4,2 auf 3,1 Prozent zu verzeichnen.

Die aktuelle Entwicklung des Mietindex bestätigt nach Ansicht von Bundesbauminister Schneider noch deutlicher als bislang, daß alle zum Jahresanfang 1983 aufgestellten Behauptungen, die Neuregelungen im Mietrecht würden zu drastischen Mietsteigerungen führen, klar widerlegt sind. Nach gut 1½ Jahren lasse sich feststellen, daß die Änderungen des Mietrechts nicht im geringsten zu ungewöhnlichen Mietsteigerungen geführt haben.

■ MEDIENPOLITIK

Kabel- und Satellitenfernsehen schaffen Meinungsvielfalt und Arbeitsplätze

Die Deutsche Bundespost ist ein Kommunikationsunternehmen, das neben den traditionellen Postdienstleistungen auch die Infrastruktur für die neuen elektronischen Massenmedien — Kabel- und Satellitenfernsehen — bereitzustellen hat.

Die SPD hat die neuen Medien jahrelang blockiert und die Bundesrepublik Deutschland in einen mehrjährigen Rückstand hineinmanövriert.

Die CDU-geführte Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl hat unter dieser Blockadepolitik einen Schlußstrich gezogen und wird die medien-, innovations- und arbeitsmarktpolitischen Impulse der neuen Medien konsequent nutzen. Dazu hat der Bundeskanzler der Deutschen Bundespost in seinen Regierungserklärungen am 13. Oktober 1982 und 4. Mai 1983 einen ganz konkreten Auftrag erteilt.

Dieser Auftrag hat sich auch durch das Gutachten des Bundesrechnungshofs zur Wirtschaftlichkeit der Kabelfernsehnetze nicht geändert. Das Gutachten ist keine Bestätigung für die Vorbehalte der SPD, die wahlweise auf 3 Ebenen gegen die Verkabelung polemisiert:

- auf der politischen Ebene
- mit technischen Argumenten
- mit finanziell-wirtschaftlichen Argumenten.

1. Politische Argumentation

1.1 Meinungs- und Informationsfreiheit

- Die Gegner von Programmvielfalt sprechen dem Bürger die Fähigkeit ab, eigen-

verantwortlich den Ein- bzw. Ausschaltknopf zu betätigen.

— Die CDU/CSU ist dagegen immer dafür eingetreten, daß alle technischen Möglichkeiten im Sinne des im Grundgesetz verbrieften Rechtes auf Freiheit der Informations- und Meinungsäußerung genutzt werden müssen. Darauf hat der mündige Bürger einen Anspruch.

1.2 Politisches Konzept der Bundesregierung

— SPD und Grüne zweifeln die positiven Effekte der neuen Medien für Wirtschaft und Arbeitsmarkt an, obwohl hier in idealer Weise eine umweltfreundliche, saubere, energiesparende Technik zur Verfügung steht, die nicht der Rationalisierung, sondern der Vermehrung von Arbeitsplätzen sowohl bei der Herstellerindustrie als auch bei den Anwendern dient.

— Aus diesem Grund und weil Informations- und Meinungsvielfalt die Bürger erst befähigt, eigene Urteile zu fällen, was die Grundlage jeder modernen Demokratie ist, hat Bundeskanzler Helmut Kohl in seinen Regierungserklärungen auf die von allen Fachleuten anerkannten positiven Effekte (Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, Überwindung der Wachstumsschwäche, Entlastung des Arbeitsmarktes) der neuen Medientechniken hingewiesen und der Deutschen Bundespost einen klaren Auftrag erteilt.

2. Technische Argumente

2.1 Kupfer kontra Glas?

— Die SPD behauptet, der Ausbau von Kabelfernsehnetzen in Kupferkoaxialtech-

nik sei eine sinnlose Doppelinvestition und man solle auf die Glasfaser warten.

— Die SPD schiebt technische Argumente vor, um ihre medienpolitische Blockade weiterzutreiben. Die Glasfaser ist für die Verteilung von Hörfunk- und Fernsehprogrammen noch nicht einsatzreif und für private Haushalte im Schnitt viel zu teuer. Man kann nicht 95 Prozent der privaten Haushalte mit hohen Kosten für neue Dienstleistungsmerkmale belasten, die nur von 5 Prozent der Anwender im geschäftlichen Bereich gebraucht werden. Die Glasfasertechnik ist heute noch etwa 5- bis 10mal teurer als die Kupferkoaxialtechnik und deshalb wird weltweit, auch in den USA und Japan, für die Verteilung von Programmen an private Haushalte die bewährte Kupferteknik eingesetzt. Daß mit der Kupferkoaxialtechnik eine ausgereifte und kostengünstige Technik zur Verfügung steht, bestätigen der Bundesrechnungshof und Vertreter der Industrie.

Die Deutsche Bundespost setzt allerdings schon heute die Glasfaser in den Bereichen ein, wo dies technisch und wirtschaftlich sinnvoll ist.

2.2 Kabelfernsehen kontra Satellitenfernsehen?

— Die SPD behauptet, der Ausbau der Kabelfernsehnetze würde durch die Satellitentechnik überflüssig.

— Die Deutsche Bundespost setzt auf alle technischen Entwicklungslinien — Kabelnetze, Fernmeldesatelliten, direkt empfangbare Satelliten — weil diese sich optimal ergänzen und auch industriepolitisch eine wichtige Rolle spielen.

Da Kabelfernsehnetze in sehr locker bebauten Gebieten nicht die kostengünstigste Lösung sind, bietet sich hier die Versorgung mit Programm- und Informationsvielfalt durch direkt empfangbare Satelliten mit höherer Kanalkapazität an. Mit einem Stadt-Land-Gefälle hat dies nichts zu tun.

3. Finanzielle und wirtschaftliche Argumente

3.1 Bundesrechnungshof bestätigt die Bundespost

— Die SPD verunsichert die Bürger mit Horrormeldungen über die Kosten der Verkabelung.

— Der Bundesrechnungshof hat die wilden Spekulationen der Kabelgegner in das Reich der Fabel verwiesen und die Zahlen des Bundespostministeriums bestätigt. Das vom Bundesrechnungshof genannte Gesamtinvestitionsvolumen für den Ausbau der Kabelfernsehnetze, nämlich rund 21 Milliarden DM, liegt genau in der von der Post mehrfach genannten Größenordnung von 20—30 Milliarden DM.

3.1.1 Keine Gebührenanhebungen in der Markterschließungsphase

Der Bundesrechnungshof erkennt an, daß die Post mit der Erhöhung der Gebühren im Frühjahr 1983 einen wichtigen Schritt zum Einstieg in die Wirtschaftlichkeit der Kabelfernsehnetze getan hat. In der nach wie vor andauernden Markterschließungsphase sind weitere Gebührenerhöhungen auch nach Auffassung des Rechnungshofes nicht möglich. Zu kurzfristigen Gebührenerhöhungen besteht deshalb kein Anlaß.

3.1.2 Teilkostenrechnung bei Einstiegspreisen

Die Deutsche Bundespost verwendet für eine Grundsatzentscheidung, ob ein neuer Dienst eingeführt werden soll und bei der Kalkulation der Einstiegsgebühren die Teilkostenrechnung, bei der nur die unmittelbar durch den neuen Dienst entstandenen Zusatzkosten einbezogen werden. So handelt auch jedes private Unternehmen, weil sonst eine Nachfrage gar nicht erst aufkommen könnte. Der Bundesrechnungshof rechnet entsprechend seiner Aufgabenstellung in Vollkosten. Die

Deutsche Bundespost wird selbstverständlich langfristig die Rentabilität des neuen Dienstes auf Vollkostenbasis sicherstellen.

3.2 Arbeitsplatzeffekte

— SPD und Gewerkschaften bestreiten die durch die verstärkten Verkabelungsinvestitionen neu geschaffenen und erhaltenen Arbeitsplätze.

— Die Arbeitsplatzeffekte der Verkabelung sind nachweisbar. Aufgrund der Verkabelungsinvestitionen von 1 Milliarde DM im Jahr 1984 werden allein bei der Post etwa 6800 Menschen beschäftigt. Dazu kommen noch einmal mehr als 10000 Beschäftigungsmöglichkeiten bei privaten Unternehmen.

Zusammenfassung

Die Deutsche Bundespost wird entsprechend ihrem Dienstleistungsauftrag in die neuesten Techniken investieren. Ihr Konzept ist innovations-, zukunfts-, kosten- und bedarfsorientiert. Von den medienpolitischen Vorbehalten der Technikfeinde in der Bundesrepublik Deutschland wird sie sich von dem eingeschlagenen Weg nicht abbringen lassen.

Jugendlichen auch nach der Lehre helfen

Der Bundesvorsitzende der Jungen Union Deutschlands, Christoph Böhr, hat sich dafür ausgesprochen, Jugendlichen nach ihrer Ausbildung verstärkt einen gleitenden Einstieg ins Erwerbsleben zu ermöglichen. Böhr forderte Unternehmensleitungen und Betriebsräte auf, in Betriebsvereinbarungen die Grundlage dafür zu schaffen, daß die Jugendlichen zunächst mit 32 oder 28 Wochenstunden übernommen würden und ihre Arbeitszeit dann kontinuierlich steigerten.

Auf diese Weise hätten Betriebe, die heu-

Grünes Licht für Schwarz-Schilling

Das „Sonderangebot“ verbilligter Kabelanschlüsse ist für die Bundespost kein Verlustgeschäft, sondern besichert ihr im Gegenteil Mehrerlöse von mehreren hundert Millionen Mark. Das hat Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling vor dem Bundeskabinett deutlich gemacht.

Die Ministerrunde unter Vorsitz des Bundeskanzlers erklärte sich mit dieser Politik „voll einverstanden“, so daß der einjährige Betriebsversuch „zum Anschluß mittlerer und größerer Wohnanlagen“ jetzt ohne Abstriche durchgeführt werden kann.

te über den eigenen Bedarf auszubilden, die Möglichkeit, alle Auszubildenden nach der Lehrzeit zu übernehmen. Den Jugendlichen, die sonst nicht übernommen werden könnten, sei so Gelegenheit gegeben, im Arbeitsprozeß zu bleiben und weitere Qualifikationen zu erwerben. Für die betroffenen Betriebe ermögliche eine flexible Regelung die längerfristige Bindung qualifizierter Fachkräfte an das eigene Unternehmen.

Grenzabfertigung mit Österreich erleichtert

Mit Wirkung vom 21. August 1984 gilt an allen Straßenübergängen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich für die Staatsangehörigen beider Länder ein vereinfachtes Kontrollverfahren, wie es bereits im Verkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich praktiziert wird. Bei Personenkraftwagen werden in der Regel nur noch Sichtkontrollen durchgeführt. Eingehendere Kontrollen sind nur noch bei Stichproben vorgesehen.

■ BETRIEBSRATSWAHLEN

Denkzettel für Einheitsgewerkschaft

Im Lärm der Arbeitskämpfe in der Metall- und der Druckindustrie ist ein wichtiges Ereignis fast untergegangen: bei den jüngsten Betriebsratswahlen haben über 25 Prozent der Arbeitnehmer unabhängige Kandidaten gewählt. Die Gewerkschaften, vor allem die SPD, erhielten einen deutlichen Denkzettel.

Zur Illustration nur ein besonders drastisches Beispiel aus dem Organisationsbereich der IG Metall. Bei der Siemens AG gingen 16 der 35 Betriebsratsitze, das sind 45,7 Prozent an eine unabhängige Kandidatenliste. Die IG Metall kam auf 10 Sitze oder 28,6 Prozent, eine weitere freie Liste erhielt 5 Sitze (14,3 Prozent) und die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) 4 Sitze (11,4 Prozent). Unter dem Strich sind dies 60 Prozent für unorganisierte Kandidaten.

Erste Analysen zeigen, daß gerade jene Gewerkschaften Verluste hinnehmen mußten, die sich gern besonders klassenkämpferisch geben. Neben der IG Metall ist dies auch die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, in deren Führung die Kommunisten besonders stark vertreten sind. Auf der anderen Seite konnte die IG Bergbau und Energie, deren deutliche Abgrenzung zu Kommunisten und Grünen auf dem linken SPD-Flügel bereits Verärgerung ausgelöst hat, ihr Ergebnis noch um ein Prozent auf stolze 96 Prozent verbessern.

Das schlechte Abschneiden der Einheitsgewerkschaft hat viele Gründe, stellt CDU-Sprecher von Triesenhausen fest. Dazu gehört die Entfremdung zwischen Gewerkschaftsfunktionären und der Basis

in den Betrieben, das Gefühl vieler Arbeitnehmer, von den Gewerkschaften für parteipolitische Ziele der SPD mißbraucht zu werden und die Sorge, daß die wahren Arbeitnehmerinteressen den politischen Absichten des linken SPD-Flügels, der Grünen und der Kommunisten untergeordnet werden. Die enge Verzahnung des DGB mit der SPD hat zur Folge, daß die negative Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie auch auf die Einheitsgewerkschaft abfärbt. Der DGB gerät in den Abwärtssog, der die SPD zur Zeit erfaßt hat.

So wie die SPD auf fast allen Ebenen Kontakte, Bündnisse oder gar Koalitionen mit den Grünen knüpft, so verlieren auch immer mehr DGB-Gewerkschaften ihre bisher geübte Distanz zu dieser „Bewegung“. Während die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Nordrhein-Westfalen bereits offizielle Gespräche mit den Grünen führt, sieht sich die IG Bergbau wegen ihres Eintretens für den Erhalt der Arbeitsplätze in Kraftwerken und dem Kohlebergbau heftiger Kritik ausgesetzt. Wer die Interessen der Arbeitnehmer auch dann vertritt, wenn dies nicht in das politisch-modische Konzept der Rotgrünen paßt, wird — wie dies die SPD-Zeitung „Vorwärts“ tat — mit Henckern gleichgesetzt.

Den besonderen Kräften in den Gewerkschaften sollten die Ergebnisse der Betriebsratswahlen zu denken geben. Sie sind eine Mahnung der Arbeitnehmer an die Funktionäre, sich aus dem Schlepptau der Parteien und Bewegungen zu lösen. Nicht was SPD, DKP oder Grünen frommt, sondern was den Arbeitnehmern nützt, muß wieder die Maxime gewerkschaftlichen Handelns werden.

■ STAATLICHE BAUFÖRDERUNG

Konzentration auf Bildung von Wohneigentum und Stadterneuerung

Bauwirtschaft wie Baupolitik müssen sich auf die Bereiche konzentrieren, in denen nach wie vor große Nachfrage nach Bauleistungen gegeben ist. In diesen Bereichen wird auch das Schwergewicht der staatlichen Förderung liegen, erklärte Staatssekretär Friedrich-Adolf Jahn in Bonn.

An erster Stelle steht die Nachfrage nach privatem Eigentum an Grund und Boden an Wohnungen. Sie wird auch in den kommenden Jahren ungebrochen sein. Dafür sprechen beispielsweise die rund 15 Millionen Bausparer in der Bundesrepublik, dafür spricht die Tatsache, daß in der 2. Hälfte der 80er Jahre die geburtenstarken Jahrgänge in das Alter kommen, in dem Wohneigentum gebildet wird. Aus diesem Grunde ist die Bundesregierung entschlossen, ihre Hilfen für den Wohnungsbau mit Priorität zur Förderung der Eigentumbildung einzusetzen. Hier besteht keine Gefahr, am Markt vorbeizuproduzieren und eventuell Wohnungsleerstände öffentlich zu subventionieren.

Diesem Willen der Bundesregierung hat der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung vom 4. Mai 1983 folgendermaßen Ausdruck verliehen: „Wir wollen, daß viele Bürger Wohneigentum erwerben können. Steuerliche Verzerrungen werden wir beseitigen und familienfreundliche Lösungen anstreben.“

Von dieser Zielsetzung hat sich die Bundesregierung leiten lassen, als sie am 3. Juli 1984 ihre Leitlinien zur Neuordnung

der steuerlichen Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums beschlossen hat. Die Neuordnung wird nach Auslaufen des Sofortprogramms der Bundesregierung, also am 1. Januar 1987, in Kraft treten.

Erster Baustein der Neuordnung ist eine dem heute geltenden § 7b entsprechende **Grundförderung**. Allerdings wird die Höhe der berücksichtigungsfähigen Herstellungskosten oder Anschaffungskosten des Gebäudes von heute 200 000 auf 300 000 Mark angehoben. Dies heißt konkret, daß Bauherren und Erwerber selbstgenutzten Wohneigentums künftig 8 Jahre lang 15 000 DM und nicht wie bislang 10 000 DM pro Jahr vom zu versteuernden Einkommen absetzen können. Die Förderung ist grundsätzlich auf selbstgenutztes Wohneigentum beschränkt.

In besonderem Maße soll darüber hinaus die **steuerliche Entlastung von Bauherren mit Kindern verbessert werden**. Für jedes im Haushalt des Steuerpflichtigen lebende Kind wird zusätzlich zur Grundförderung eine Entlastung von mindestens 600 DM pro Jahr gewährt. Geprüft wird noch, ob ein Betrag von 600 DM ausreicht. Nach den Vorstellungen des Bauministers sollte dieser Betrag möglichst auf 1 200 Mark pro Kind und Jahr gesteigert werden.

Kein Unterschied wird bei der steuerlichen Neuordnung gemacht zwischen der Eigentumbildung durch Neubau und dem Erwerb von Wohneigentum aus dem Bestand. Auch derjenige, der einen Alt-

bau zur Selbstnutzung erwirbt, wird an der Verbesserung der Förderung teilhaben. Diese Entscheidung wurde aus vermögens- und eigentumspolitischen Gründen getroffen. Für viele Haushalte ist der Erwerb einer in der Regel billigeren Wohnung aus dem Bestand der einzig realisierbare Weg, Wohneigentum zu bilden.

Bauherren und Erwerber von selbstgenutztem Wohneigentum sollen steuerlich gleich behandelt werden, und zwar unabhängig davon, ob sie ein Ein-, Zwei- oder Mehrfamilienhaus gebaut oder erworben haben. Bauherren von Zweifamilienhäusern können dann nur noch für die vermietete Wohnung anteilig nach der Wohnfläche die Normalbesteuerung in Anspruch nehmen. Die selbstgenutzte Wohnung im Zweifamilienhaus wird wie das klassische Eigenheim oder die Eigentumswohnung behandelt.

Diese Neuregelung soll als reine Anschlußregelung für künftige Bauherren und Erwerber gelten. Bis zum Wirksamwerden der Neuregelung gebaute Zweifamilienhäuser sollen nicht nachträglich steuerlich schlechter gestellt werden. Dies stellt eine **langfristige Übergangsregelung** sicher. Vorgesehen ist eine Übergangsfrist nach Inkrafttreten der Neuregelung von etwa 12 Jahren.

Abgeschafft werden soll nach dem Willen der Bundesregierung die heute noch geltende Besteuerung der **selbstgenutzten Wohnung**. Damit soll erreicht werden, daß die Eigentümer selbstgenutzten Wohneigentums steuerlich in keiner Form mehr belastet werden. Nach Auslaufen der Förderung hat der, der sein Wohneigentum selbst nutzt, in diesem Bereich nichts mehr mit dem Finanzamt zu tun.

Es geht um „weniger Staat“. In der Bundesrepublik Deutschland leben fast 10 Millionen der etwa 24 Millionen Haushaltsgemeinschaften in den eigenen vier Wänden. Die Steuerzahler unter ihnen, und

das ist der weit überwiegende Teil, müssen dem Finanzamt jedes Jahr ihre „Einkünfte“ aus der selbstgenutzten Wohnung erklären.

Im Falle teilvermieteter Häuser gibt es oftmals Streit mit dem Finanzamt über die Höhe des Mietwerts der selbstgenutzten Wohnung. Zahlreiche Steuerzahler werden nur deshalb beim Finanzamt „verwaltet“, weil sie einen Nutzungswert zu versteuern haben. Das gilt insbesondere für jene älteren Mitbürger, die nur deswegen zur Einkommensteuer veranlagt werden, weil sie neben ihrer Rente ein Wohneigentum haben, welches entschuldet ist und für das „§ 7b“ ausgelaufen ist.

Die Summe von Nutzungswert der Wohnung und Ertragsanteil der Rente ist es, die heute häufig erst zu einer Einkommensteuerschuld führt. Der Rentner wird steuerlich dafür „bestraft“, daß er sich ein schuldenfreies Häuschen erarbeitet hat. Dies soll nun geändert werden. Dadurch wird eine „4. Säule“ der Alters- und Lebensvorsorge geschaffen: Sozialrente, Betriebsrente, Privatsparen und -versicherung, eigenes „Häusle“.

Die Bundesregierung will nach den Gesprächen mit den Ländern einen **Gesetzesentwurf** auf der Basis der jetzt verabschiedeten Eckdaten im Herbst vorlegen, damit er von Bundestag und Bundesrat noch **im Laufe des Jahres 1985 verabschiedet werden kann**.

Ein großes Aufgabenfeld bietet sich für das Baugewerbe in den kommenden Jahren auch im Bereich der **Stadterneuerung**. Die Nachfrage der Städte und Gemeinden nach Städtebauförderungsmitteln ist wesentlich höher als das gegenwärtig zur Verfügung stehende Mittelvolumen. Auf diesem Feld sind die Anstoßeffekte der öffentlichen Förderung besonders hoch.

Deshalb hat die Bundesregierung die Mittel für diese Aufgabe schon im Jahr 1983 von 220 Millionen auf 280 Millionen Mark

erhöht. Mit dem Bundesfinanzminister hat Einigkeit darüber erzielt werden können, daß für 1985 eine erneute Erhöhung um 40 Millionen Mark auf insgesamt 320 Millionen erfolgt.

Wichtige Aufgaben stellen sich auch für den **gemeindlichen Tiefbau**. Hier geht es insbesondere um Erschließungsmaßnahmen. So hat der Baulandbericht der Bundesregierung aufgezeigt, daß Bauland heute in ausreichendem Maße ausgewiesen ist; woran es fehlt, ist die notwendige Erschließung.

Die Bundesregierung hat sich in ihrer Baupolitik darauf konzentriert, dort mehr Anreize zu schaffen, wo auch künftig entsprechende Nachfrage vorhanden ist. Auf den Feldern Eigentumsförderung und Städtebauförderung wird mehr getan als je zuvor.

Die SPD hilft beim „Marsch durch die Institutionen“

Die Entscheidung des Hessischen Kultusministers Hans Krollmann (SPD), mindestens 13 Lehrer und Lehrerinnen trotz ihrer DKP-Mitgliedschaft in den Hessischen Schuldienst einzustellen, verstößt eklatant gegen die verfassungsmäßige Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland und die in Bund und Ländern geltenden Beamten-gesetze. Die DKP ist nach wie vor eine linksextremistische, verfassungsfeindliche Organisation. Hierzu hat das Bundesverfassungsgericht zwingend festgestellt, daß Mitglieder solcher Organisationen nicht in den Staatsdienst eingestellt werden dürfen, weil sie nicht die Gewähr der Verfassungstreue bieten. Die SPD setzt sich darüber und über die Interessen von Eltern und Kindern rücksichtslos hinweg. Schon die hessische Entscheidung, die Altersgrenze für den Zuzug von Kindern

ausländischer Familien von 16 auf 18 Jahre heraufzusetzen, zeigte, zu welcher Liebedienerei gegenüber den Grünen die SPD in Hessen bereit ist — und möglicherweise demnächst in Nordrhein-Westfalen bereit sein wird — um sich an der Macht zu halten. Die Interessen der Bundesrepublik werden einem Bündnis mit linken Systemveränderern geopfert; die SPD hilft mit beim Marsch durch die Institutionen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert die Hessische Landesregierung auf, unverzüglich die Entscheidung des Hessischen Kultusministers rückgängig zu machen.

Im Baugewerbe noch Lehrstellen unbesetzt

„Die Zukunftschancen ausbildungswilliger Jugendlicher in den Bauberufen sind nach wie vor gut.“ Darauf hat Bundesbauminister Oscar Schneider in Bonn hingewiesen. Die Bauwirtschaft müsse sich in den kommenden Jahren angesichts der Geburtenrückgänge verstärkt um den Nachwuchs bemühen. Bauindustrie und Baubehörden hätten, so der Minister, große Anstrengungen unternommen, um das Ausbildungsangebot zu vergrößern. Zum Jahresende 1983 habe es rund 75000 Baulehrlinge gegeben, von denen rund 23000 im ersten Lehrjahr standen. Dabei sei nach Angaben der Bauindustrie die Lehrplatzvergabe noch längst nicht abgeschlossen gewesen, so daß die genaue Zahl der schon abgeschlossenen Ausbildungsverträge sich nur schwer ermitteln lasse. In der Tendenz sei in den nördlichen Regionen das Ausbildungsplatzniveau des Vorjahres gehalten worden und in den süddeutschen Regionen deutlich angestiegen. Trotz des allgemeinen Lehrplatzmangels seien Bau- und Ausbildungsplätze in erheblichem Umfang unbesetzt geblieben.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

ZITAT

Deutsch-deutscher Gipfel

Der Bundeskanzler hat von sich aus das Treffen mit Honecker noch einmal so deutlich festgeklipft, daß alle Einwände ebenso erledigt sind wie die vielfache Geschwätzigkeit, mit der eine so wichtige Sache, wie die beiden deutschen Chefpolitiker am besten zusammenzubringen sind, als Jahrmartsschau behandelt wurde. Kohl spricht sogar von einem möglichen Gegenbesuch in der DDR. Dem Kanzler stehen augenscheinlich Informationen zur Verfügung, die auch in diesen Punkten einen gewissen Optimismus rechtfertigen.

Natürlich sind noch eine Menge Fragezeichen vorhanden. Das genaue Datum und die Verhandlungsgegenstände zwischen dem Bundeskanzler und dem DDR-Staatsratsvorsitzenden sind noch offen. Das macht unsicher und verärgert auch all jene, die die Treffpunkte, die Speisekarten und die Zahl der auszuhängenden Staatsfahnen zu bestimmen haben.

Aber dieser deutsch-deutsche Gipfel gehört nun einmal nicht zur gewohnten Normalität. Er ist eine Ausnahme und unterliegt auch nicht

dem ausschließlichen Willen der beiden Betreiber. Außer die Deutschen drängt niemand zu einer zaghaften nachbarschaftlichen Berührung zwischen den getrennten Staaten. Die Sowjetrussen sind mißtrauisch, und die Amerikaner sind es auch. Jeder der beteiligten deutschen Staaten ist dem Verdacht ausgesetzt, letztendlich die vom Hitler-Krieg geschaffenen und zu Todeszonen ausgebauten Bedingungen zerkrümeln zu wollen.

Die internationale Presse ist voll davon, und die Regierungen in Bonn und Ost-Berlin wären Amateure, wenn sie diese Argwöhnungen der beiden Weltstaaten nicht in Betracht ziehen würden.

Deswegen mußte Honecker seinen Besuch in Bukarest, der gegen Moskauer Wünsche durchgeführt wurde, fast schlangenhaft vollziehen. Deswegen muß Ost-Berlin bei mancher sowjetischen Philippika gegen den deutschen Revisionismus mitpfeifen.

Mit dem Treffen Ende September, wenn dieser Termin denn verbürgt wird, ist nicht zu jubelnden. Es wird keine Wende bringen. Aber es bleibt doch Versuch, ein paar spitze Steine auf dem deutschen Weg zu beseitigen. Vielleicht mißlingt es sogar. Vielleicht bleibt nur die Erfüllung eines sentimental Wunsches von Honecker übrig, ein einziges Mal wenigstens seine saarländische Heimat wiederzusehen. Doch wenn schon — wer wollte es mißgönnen.

Neue Presse, 28. 8. 1984

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje, Eberhard Luetjohann. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD